

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Dr. Barbara Höll, Ulla Lötzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/14025 –**

### **Mitarbeit von Privaten an Gesetzentwürfen und Arbeitsfähigkeit der Bundesministerien**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

In jüngster Zeit war die Arbeitsweise des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) mehrfach Thema in den Medien:

Zum einen wurde bekannt, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kreditwesengesetzes von der Großkanzlei Linklaters ausformulieren ließ. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg verteidigte die Erstellung von Gesetzentwürfen durch Private u. a. damit, dass in diesem Fall das Fachwissen im BMWi gefehlt habe (hib, 27. August 2009). Zudem wiesen verschiedene Politiker darauf hin, dass die Beauftragung von Externen gängige Praxis sei. Tatsächlich beauftragten in der laufenden Wahlperiode verschiedene Bundesministerien immer wieder externe Kanzleien und Beratungsunternehmen (vgl. z. B. Fragen 32 und 33 auf S. 17 der Bundestagsdrucksache 16/12182).

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes kritisierte in diesem Zusammenhang, dass in den Bundesministerien jährlich rund 1,5 Prozent Personal abgebaut werde und es u. a. an Volkswirten und Wirtschaftsjuristen fehle ([www.sueddeutsche.de/wirtschaft/646/484086/text/](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/646/484086/text/)).

Die Medien berichteten außerdem über ein ausführliches, mit einleitender Zusammenfassung, sowie Inhalts- und Abbildungsverzeichnis versehenes Papier des BMWi mit dem Titel „Industriepolitiches Gesamtkonzept, Für eine Nachhaltige Industriepolitik in Deutschland“, das ungewollt an die Öffentlichkeit geriet. Laut BMWi (Ausschussdrucksache 16(9)1647) hatte der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg im März 2009 ein solches Papier in Auftrag gegeben. Die Industrieabteilung des BMWi erstellte eine erste Grobgliederung und forderte dann im April von insgesamt 55 BMWi-Referaten „Vorschläge und erste Textbeiträge“ an. Am 3. Juli 2009 wurde das Papier dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg vorgestellt, der es unmittelbar nach Vorlage insgesamt verwarf.

1. Wie viele Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Bundesregierung oder anderer Bundesbehörden sind seit 1970 unter Mithilfe von externen Unternehmen (z. B. Großkanzleien, Unternehmensberater etc.) erarbeitet worden (bitte alle verfügbaren Daten angeben und nach Jahren gliedern)?
2. Zur Mitarbeit an wie vielen Gesetz- und Verordnungsentwürfen haben speziell das BMWi bzw. die entsprechenden Vorgängerministerien seit 1970 Aufträge an externe Unternehmen (z. B. Großkanzleien, Unternehmensberater etc.) vergeben (bitte alle verfügbaren Daten angeben und nach Jahren gliedern)?

Die Anzahl der verkündeten Gesetze und Verordnungen, an denen Externe mitgewirkt haben, ergibt sich nach Ressort aufgeschlüsselt aus der Anlage 1.

Die Bundesregierung versteht die Frage dahingehend, dass verkündete Gesetze und Verordnungen gemeint sind. Im Hinblick auf Gesetzes- und Verordnungsentwürfe bzw. diesbezügliche Planungen hätte nur eine vollständige manuelle Sichtung des gesamten Aktenbestandes Aussagen darüber ermöglicht, in welchen Fällen es zu einer Mitwirkung Externer gekommen ist. Dies war auch im Interesse einer zügigen Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage nicht möglich.

Die Erhebungen wurden in zeitlicher Hinsicht rückwirkend bis zum Jahr 1990 begrenzt. Es ist nicht davon auszugehen, dass vor 1990 Externe in nennenswertem Umfang an der Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen mitgewirkt haben, da selbst im Zeitraum von 1990 bis 1999 nur einmal eine externe Beratung stattfand, wie die Anlage 2 belegt. Erst ab dem Jahr 1999 wurden Externe beauftragt.

3. Wie viel Honorar oder andere Entgelte wurde für die Mithilfe von Externen seit 1970 jährlich bezahlt (bitte alle verfügbaren Daten angeben und nach Jahren, sowie nach Zahlungen der Bundesregierung insgesamt einerseits und Zahlungen des BMWi und seiner Vorgänger im Speziellen andererseits gliedern)?

Die gezahlten Honorare ergeben sich aus der beigefügten Anlage 2. Die Angaben erfolgen durchgehend in Euro.

Die Angaben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sind als VS-Vertraulich eingestuft. Sie werden gesondert in der Anlage 4a zur Einsichtnahme der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages übersandt (siehe auch Antwort zu Frage 5).\*

4. Gibt es in der Amtszeit der Großen Koalition Großkanzleien, Unternehmensberater etc., die mehr als einmal zur Mithilfe beauftragt wurden?  
Wenn ja, welche waren dies, und welche Aufgaben haben sie jeweils übernommen?

Ja, die Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage 3.

5. Welches sind die in der Amtszeit der Großen Koalition 20 größten Auftragnehmer, gemessen am bezahlten Honorar bzw. Entgelt (bitte Firmen mit Namen, Aufgabe und Geldbetrag nennen)?

Die Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage 4.

Die Angaben des BMF und des BMWi sind als VS-Vertraulich eingestuft.

\* Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

Sie werden gesondert in einer Anlage 4a, 4b und 4c zur Einsichtnahme der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages übersandt.\* Die Anlage 4c enthält zu einem Auftragnehmer auch die Angaben des Bundesministeriums des Innern, um Rückschlüsse auf die vertraulich eingestufted Angaben des BMF zu vermeiden.

Die Einstufungen der Anlagen 4a bis 4c werden folgendermaßen begründet:

Die für einen Auftragnehmer anfallenden und abzurechnenden Vertragsentgelte zählen zu dessen Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen i. S. d. § 203 Absatz 2 Nummer 1 des Strafgesetzbuchs (StGB). Die betreffenden Informationen sind nur einem sehr beschränkten Personenkreis bekannt und werden auch nach dem Willen der innerhalb eines Unternehmens Informierten nicht publiziert. Denn diese Vertragsentgelte dokumentieren den Umfang der mit bestimmten Vertragspartnern in bestimmten Geschäftsfeldern in einem erkennbaren Zeitraum erzielten Umsätze und beruhen im Gesamtergebnis wie im Detail auf den ebenfalls vertraulichen einzelvertraglichen Vereinbarungen. Für diejenigen, die über Kenntnisse der Branchenüblichkeiten verfügen, lassen sie ferner Rückschlüsse auf den Umfang der abgerechneten Leistungen zu. Der Gesetzgeber selbst hat die unbefugte Offenbarung eines Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses mit § 203 Absatz 2 Nummer 1 StGB für Amtsträger unter Strafe gestellt.

Die Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen unterliegt dem Schutz des Artikels 12 Absatz 1 des Grundgesetzes, den die Bundesregierung auch bei der Beantwortung parlamentarischer Fragen zu beachten hat. Die uneingeschränkte Beantwortung der Anfrage auch hinsichtlich der geschützten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse würde den Grundrechtsschutz der Betroffenen vollständig aushöhlen. Denn der Allgemeinheit wäre das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis zugänglich, es hätte seine Eigenschaft als Geheimnis verloren.

Eine Weitergabe der Informationen darf daher nur dann erfolgen, wenn das Geheimhaltungsinteresse der privaten Auftragnehmer wirksam geschützt ist. Da den Beratern durch das Bekanntwerden ein Nachteil entstehen könnte und die Auftragnehmer auf die Wahrung der Vertraulichkeit vertrauen können müssen, sind die Anlagen als VS-Vertraulich eingestuft worden. Die konkrete Einstufung erfolgte im Hinblick auf die durch die Bundesrepublik Deutschland zu schützenden Grundrechte der Auftragnehmer.

6. Befinden sich unter diesen Firmen bzw. Firmeneignern auch solche, die seit 2005 anzeigepflichtige Parteispenden getätigt haben?

Wenn ja, welche sind dies, und an welche Parteien wurden welche Summen gespendet?

Spenden an Parteien im Gesamtwert von mehr als 10 000 Euro pro Kalenderjahr sind im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen, der beim Präsidenten des Deutschen Bundestages einzureichen ist und von ihm als Bundestagsdrucksache verteilt wird (§ 25 Absatz 3 Satz 1 i. V. m. § 23 Absatz 1 Satz 3 des Parteiengesetzes – PartG). Spenden von im Einzelfall mehr als 50 000 Euro sind dem Präsidenten des Deutschen Bundestages unverzüglich anzuzeigen und werden von ihm zeitnah als Bundestagsdrucksache veröffentlicht (§ 25 Absatz 3 Satz 2 und 3 PartG). Sofern in der Antwort zu Frage 5 genannte Unternehmen seit 2005 entsprechende Parteispenden geleistet haben, ist dies dem Deutschen Bundestag bekannt.

---

\* Die Antworten sind in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und können dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

7. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigten die Bundesministerien und das Bundeskanzleramt in den Jahren seit 1970 bis heute, und welcher Anteil dieser Beschäftigten war verbeamtet (bitte nach Bundesministerien und Jahren aufgliedern)?

Es wird auf die Anlage 5 verwiesen.

8. Wie hat sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bundesministerien, die als Volkswirte oder Wirtschaftsjuristen arbeiten bzw. eine entsprechende Ausbildung haben, seit 1970 entwickelt (bitte alle verfügbaren Daten angeben und nach Jahren und Bundesministerien gliedern)?

Das deutsche Recht kennt die Bezeichnung „Wirtschaftsjurist“ nicht. Es gibt laut Fachanwaltsordnung auch keinen Fachanwalt für Wirtschaftsrecht. Aufgrund der unscharfen Begrifflichkeit ist die gewünschte Erhebung nicht möglich.

Im Hinblick auf das Berufsbild Volkswirte ist lediglich feststellbar, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine entsprechende Ausbildung erhalten haben. Die Personaldatensysteme geben dagegen keine Auskunft darüber, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend dem Berufsbild Volkswirt auch in der Bundesverwaltung beschäftigt werden.

Im Übrigen wird hinsichtlich der ausgebildeten Volkswirte auf die Anlage 6 verwiesen.

9. Wie hat sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bundesministerien, die im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der Pressearbeit tätig sind, seit 1970 entwickelt (bitte alle verfügbaren Daten angeben und nach Jahren und Bundesministerien gliedern)?

Gemeint sind in Anlage 7 nur die Zahl der Dienstposten und Arbeitsplätze der Presse- und/oder Öffentlichkeitsreferate gemäß Aufbauorganisation/Organisationsplan.

10. Wie beurteilt die Bundesregierung, dass im BMWi einerseits zahlreiche Beamte monatelang an der Erstellung und Ausformulierung eines Papiers arbeiteten, das dann sofort komplett verworfen wurde, andererseits offenbar wichtige Gesetze wegen fehlender Kompetenz im BMWi komplett von Privaten verfasst werden?

Die Tatsache, dass im BMWi Beamte an einer Stoffsammlung für ein industriepolitisches Konzept gearbeitet haben, steht in keinem Zusammenhang mit der Beauftragung einer externen Kanzlei mit unterstützenden Tätigkeiten für einen Gesetzentwurf.

11. Sollte es aus Sicht der Bundesregierung zu Veränderungen bei der Organisation des BMWi oder bei der dortigen personellen Zusammensetzung kommen, damit das vorhandene Personal sinnvoller und effizienter eingesetzt werden kann?

Wenn ja, welche Veränderungen sind geplant oder werden empfohlen, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Position?

Nein. Der Personalbedarf für die Aufgaben des BMWi wird fortlaufend gemeinsam mit den betreffenden Abteilungen ermittelt und festgelegt. Hierbei werden auch aktuelle Belastungsspitzen durch interne temporäre Personalverstärkungen

entsprechend berücksichtigt, erforderlichenfalls auch kurzfristig. Wenn allerdings spezielle Fachkenntnisse und/oder besondere praktische Erfahrungen in einem bestimmten Aufgabenbereich benötigt werden, die nicht zu den Daueraufgaben gehören, führt eine Personalverstärkung nicht zum Ziel. In diesen seltenen Ausnahmefällen ist es wirtschaftlicher, punktuell zusätzlich externe Fachkenntnisse hinzuzuziehen, als hierfür dauerhaft Personal vorzuhalten.

12. Waren am o. g. Papier zur Industriepolitik Mitarbeiter beteiligt, die sich in der Regel mit Fragen der Presse- oder Öffentlichkeitsarbeit befassen, und wenn ja, aus welchem Grund?

An der Zusammenstellung der an die Öffentlichkeit gelangten Stoffsammlung für ein industriepolitisches Konzept waren keine Mitarbeiter beteiligt, die sich in der Regel mit Fragen der Presse- oder Öffentlichkeitsarbeit befassen. Die interne Aufgabenverteilung liegt im Übrigen in der alleinigen Kompetenz des BMWi.

## Anlage 1

1990	BK	0	AA	0	BMI	0	BMJ	0	BMF	0	BMW	0	BMAS	0	BMELV	0	BMVg	0	BMFSfJ	0	BMG	0	BMVBS	0	BMU	0	BMBF	0	BMZ	0	BKM	0
1991		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
1992		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
1993		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
1994		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
1995		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
1996		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
1997		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
1998		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
1999		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
2000		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
2001		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
2002		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
2003		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
2004		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
2005		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
2006		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
2007		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
2008		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
2009		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0
<b>Summe</b>		<b>0</b>		<b>0</b>		<b>5</b>		<b>0</b>		<b>4</b>		<b>2</b>		<b>0</b>		<b>0</b>		<b>0</b>		<b>1</b>		<b>0</b>		<b>10</b>		<b>36</b>		<b>3</b>		<b>0</b>		<b>0</b>

Anlage 2

	BK	AA	BMI	BMJ	BMF	BMV	BMAS	BMELV	BMVg	BMFSFJ	BMG	BMVBS	BMU	BMBF	BMZ	BKM	Summe
1990																	0 €
1991													37.836 €				37.836 €
1992													0 €				0 €
1993													0 €				0 €
1994													0 €				0 €
1995													0 €				0 €
1996													0 €				0 €
1997													0 €				0 €
1998													0 €				0 €
1999												9.203 €	0 €				9.203 €
2000												0 €	0 €	23.000 €			23.000 €
2001												0 €	0 €	0 €			0 €
2002												951.000 €	0 €	0 €			951.000 €
2003												0 €	24.034 €	13.920 €			37.954 €
2004												132.000 €	262.136 €	0 €			394.136 €
2005			26.823 €									131.000 €	200.815 €	15.000 €			373.638 €
2006			13.794 €									0 €	339.460 €	0 €			353.254 €
2007			227.835 €									620.000 €	650.330 €	0 €			1.498.165 €
2008			42.602 €							2.500 €		241.000 €	910.279 €	0 €			1.196.361 €
2009			174.557 €							0 €		52.000 €	1.209.253 €	0 €			1.435.810 €
<b>Summe</b>	<b>0 €</b>	<b>0 €</b>	<b>485.611 €</b>	<b>0 €</b>			<b>0 €</b>		<b>0 €</b>	<b>2.500 €</b>	<b>0 €</b>	<b>2.136.203 €</b>	<b>3.634.143 €</b>	<b>51.920 €</b>	<b>0 €</b>	<b>0 €</b>	<b>1.435.810 €</b>

## Anlage 3

Nr.	Kanzlei/Berater	Aufgaben
1	Freshfields Bruckhaus Deringer	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMSG) v. 13. Oktober 2008</li> <li>• Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz (FMSIErgG) v. 18. Februar 2009</li> <li>• Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung v. 17. Juli 2009</li> </ul>
2	White & Case LLP	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beratung bzgl. eines Teilbereichs des Gesetzes zur Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes und anderer Gesetze v. 18. Februar 2009</li> <li>• Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS-Gesetz): Die erste Fassung des Gesetzentwurfes wurde vom BMI erstellt. Die zuständigen Bearbeiter wurden 2005 und 2006 durch Anwälte unterstützt, die den ihnen bei spezifischen Rechtsfragen zugearbeitet haben.</li> <li>• Erstes Gesetz zur Änderung des BDBOS-Gesetzes.</li> </ul>
3	Linklaters LLP	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beratung bei zwei Gesetzentwürfen im Bereich des Kreditwesens.</li> </ul>
4	Universität Kassel, Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung (provet)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsfragen von Bürgerportalen: Fragen der Regulierung von Bürgerportalen, Feststellung der verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Zulässigkeit; Erarbeitung eines Gesetzentwurfs für ein Bürgerportalgesetz (BPG-E), Begründung, Grundstruktur der Bürgerportalverordnung (BPV-E). Weitere rechtliche Begleitung und Ausarbeitung im Rahmen zweier Folgebeauftragungen (1.5.-31.10.08; 1.2.-30.04.09)</li> <li>• Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis</li> </ul> <p>Die wissenschaftliche Studie „Aktualisierung des Rechtsteils zur Machbarkeitsstudie elektronischer Personalausweis“ analysiert den Regelungsbedarf bei der Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises und formuliert vereinzelt auch Regelungsvorschläge.</p>
4	Ecologic	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Juristische und fachliche Unterstützung im Zusammenhang mit dem Emissionshandelsrecht</li> <li>• dem EEG</li> <li>• der Förderung EE im Wärmebereich und der Biogaseinspeisung</li> <li>• beim Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid</li> <li>• dem Entwurf Fünftes Buch Umweltgesetzbuch</li> <li>• der Prüfung der Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Aufwertung des Rechtsstatus der IUCN in Deutschland</li> </ul>
5	ecofys	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Überprüfung der technischen Verordnung zur Verbesserung der Netzintegration von Windenergieanlagen im EEG 2009</li> <li>• Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation einer öffentlichen Anhörung zum Systemdienstleistungsbonus des EEG 2009</li> </ul>
6	Adelphi Consult GmbH	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beratung bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs für ein "Erstes Buch Umweltgesetzbuch - Allgemeine Vorschriften und umweltbezogenes Umweltrecht (UGB I)", sowie Unterstützung bei der Koordination des Gesamtvorhabens und der Geschäftsführung für die BMU-interne Projektgruppe UGB;</li> <li>• Mitwirkung bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs für das "Gesetz zur Bereinigung des Bundesrechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Rechtsbereinigungsgesetz Umwelt – RGU)" sowie bei der Koordination der Einzelgesetze zur Neuordnung des Umweltrechts (Nachfolgegesetze zum UGB)</li> </ul>

Anlage 4

Nr.	Kanzlei/Berater	Aufgaben	Entgelt
1	Ecologic	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Juristische und fachliche Unterstützung im Zusammenhang mit dem Emissionshandelsrecht</li> <li>• dem EEG</li> <li>• beim Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid</li> <li>• dem Entwurf Fünftes Buch Umweltgesetzbuch</li> <li>• der Prüfung der Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Aufwertung des Rechtsstatus der IUCN in Deutschland</li> <li>• Ergänzende Beratung im Rahmen der Erarbeitung des Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der Eisenbahnen des Bundes</li> </ul>	1.807.356 €
2	Rechtsanwaltskanzlei Hollers& Eising	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beratung bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs für ein "Erstes Buch Umweltgesetzbuch - Allgemeine Vorschriften und umweltbezogenes Umweltrecht (UGB I)", sowie Unterstützung bei der Koordination des Gesamtvorhabens und der Geschäftsführung für die BMU-interne Projektgruppe UGB;</li> <li>• Mitwirkung bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs für das "Gesetz zur Bereinigung des Bundesrechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Rechtsbereinigungsgesetz Umwelt – RGU)" sowie bei der Koordination der Einzelgesetze zur Neuordnung des Umweltrechts (Nachfolgegesetze zum UGB)</li> </ul>	1.088.591 €
3	Adelphi Consult GmbH	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtliche Begleitung zum Abschluss des Staatsvertrags und rechtliche Begleitung der parlamentarischen Behandlung und Umsetzung des Staatsvertrages vom 3. September 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über eine Feste Fahrmittelübertragung</li> </ul>	660.000 €
4	Beiten Burkhardt Rechtsanwalts-Gesellschaft mbH	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtliche Begleitung zum Abschluss des Staatsvertrags und rechtliche Begleitung der parlamentarischen Behandlung und Umsetzung des Staatsvertrages vom 3. September 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über eine Feste Fahrmittelübertragung</li> </ul>	645.000 €
5	Linklaters LLP		
6	Freshfields Bruckhaus Deringer		
7	Universität Kassel, Projektgruppe verfassungswidrige Technologiegestaltung (provet)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsfragen von Bürgerportalen: Fragen der Regulierung von Bürgerportalen, Feststellung der verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Zulässigkeit, Erarbeitung eines Gesetzentwurfs für ein Bürgerportalgesetz (BPG-E), Begründung, Grundstruktur der Bürgerportalverordnung (BPV-E). Weitere rechtliche Begleitung und Ausarbeitung im Rahmen zweier Folgebeauftragungen (1.5.-31.10.08; 1.2.-30.04.09)</li> <li>• Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis</li> <li>• Die wissenschaftliche Studie „Aktualisierung des Rechtsstels zur Machbarkeitsstudie elektronischer Personalausweis“ analysiert den Regelungsbedarf bei der Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises und formuliert vereinzelt auch Regelungsvorschläge.</li> </ul>	281.818 €
8	Program AG Basel, Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung Universität Karlsruhe	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aktualisierung der Wegekostenrechnung 2002. Die Verordnung zur Änderung autobahnrechtlicher Vorschriften und der Fahrzeug-Zulassungsverordnung vom 20. November 2008 (BGBl. I S. 2226) berücksichtigt bei der Berechnung der neuen Mautsätze die Ergebnisse des Wegekostengutachtens 2007. Bis dahin beruhen die Mautsätze auf den Ergebnissen des Wegekostengutachtens 2002.</li> </ul>	267.600 €
9	Gaßner/Groth/Siederer & Coll.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid</li> </ul>	200.000 €
10	White & Case LLP		
11	ecofys	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Überprüfung der technischen Verordnung zur Verbesserung der Netzintegration von Windenergieanlagen im EEG 2009</li> <li>• Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation einer öffentlichen Anhörung zum Systemdienstleistungsbonus des EEG 2009</li> </ul>	166.701 €
12	REDEKER SELLNER DAHNS & WIDMAIER		
13	Kanzlei Hengeler Müller	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz</li> </ul>	137.743 €
14	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ergänzende Untersuchungen und vertiefende Analysen zu mögl. Ausgestaltungsvarianten eines Wärmegesetzes</li> </ul>	120.000 €
15	Prof. Dr. Andreas Mengel, Universität Kassel	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erarbeitung von Vorschlägen für zukünftige Regelungskonzepte in ausgewählten Bereichen, insbesondere auf der Grundlage der Umsetzung rahmenrechtlicher Vorgaben des Bundes im Naturschutzrecht der Länder (im Hinblick auf das BNatSchG/Neuregg 2002)</li> </ul>	77.600 €
16	Fraunhofer ISI, Uni Würzburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausgestaltung einer Weiterentwicklung des EEG zur Marktdrängung erneuerbarer Energien im dt. und europäischen Strommarkt</li> </ul>	62.855 €
17	Thorsten Müller	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wissenschaftliche und juristische Beratungstätigkeit anlässlich der Novellierung des EEG und der Entwicklung eines Reg entwurfs Wärmegesetz</li> </ul>	60.808 €
18	Prof. Dr. Dietwald Gruehn, Universität Dortmund	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Eingriffregelung und Landschaftsplanung im Bundesnaturschutzgesetz nach der Federalismusreform</li> </ul>	49.000 €
19	WIK - Consult GmbH		
20	Prof. Dr. Ulrich Preis, Universität zu Köln	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsgutachten im Rahmen der Vorbereitung des Entwurfs des Gesetzes zur Änderung arbeitsrechtlicher Vorschriften im Bereich der Wissenschaft (Artikel 1: Wissenschaftszeitvertragsgesetz)</li> </ul>	15.000 €

Anlage 5

Jahr	BK		AA		BMI		BMU		BMF		BMWV		BMAS		BMELV		BMVG		BMFSFJ		BMG		BMVBS		BMU		BMBF		BMZ		Summe	davon verbeamtet
	Mitarbeiter (innen)	davon verbeamtet																														
1970	395	192	5.922	2.479	1.315	794	1.743	1.070	1705	841	810	418	842	459	3.921	2.237	1.439	694	595	328	402	201	19.089	9.703								
1971	396	192	5.932	2.508	1.348	816	1.801	1.126	1706	845	834	410	842	461	3.921	2.237	1.443	691	663	378	434	219	19.320	9.883								
1972	410	207	6.021	2.674	1.374	860	1.782	1.131	1695	873	835	451	864	495	3.856	2.301	1.461	720	713	414	439	236	19.440	10.362								
1973	435	231	6.086	2.774	1.359	869	1.819	1.176	1585	827	801	446	862	505	3.856	2.302	1.617	821	898	566	492	275	19.686	10.722								
1974	431	229	6.084	2.854	1.451	874	1.774	1.163	1613	777	841	481	903	518	3.832	2.294	1.666	860	901	583	500	277	19.986	11.006								
1975	442	238	6.203	2.928	1.381	808	1.765	1.177	1576	821	831	500	902	538	3.762	2.278	1.629	851	897	597	503	282	19.754	11.005								
1976	454	247	6.129	2.904	1.373	818	1.711	1.149	1563	841	831	500	902	538	3.762	2.278	1.601	847	885	585	488	285	19.490	10.961								
1977	459	252	6.085	2.907	1.349	806	1.695	1.146	1550	845	817	501	881	539	3.680	2.248	1.591	846	901	596	491	289	19.481	11.058								
1978	474	265	6.089	2.913	1.359	830	1.681	1.151	1542	870	821	509	881	542	3.671	2.247	1.586	851	933	614	499	295	19.599	11.174								
1979	477	265	6.095	2.938	1.385	860	1.682	1.157	1553	881	832	516	885	550	3.672	2.247	1.588	856	962	636	505	298	20.319	11.602								
1980	477	265	6.118	2.956	1.404	887	1.683	1.157	1571	896	839	522	891	559	3.674	2.248	1.588	857	962	636	505	298	20.319	11.602								
1981	477	265	6.118	2.956	1.397	880	1.685	1.162	1585	914	841	523	891	561	3.672	2.248	1.588	857	962	636	505	298	20.338	11.623								
1982	481	266	6.076	2.944	1.377	871	1.685	1.162	1585	914	841	523	891	561	3.672	2.248	1.570	854	940	633	494	294	19.992	11.473								
1983	481	267	6.112	2.943	1.359	860	1.657	1.144	1531	901	806	501	871	554	3.582	2.201	1.570	847	940	633	494	294	19.992	11.473								
1984	477	267	5.971	2.954	1.346	854	1.639	1.132	1517	897	793	493	860	557	3.560	2.189	1.532	843	929	627	489	293	19.620	11.427								
1985	483	273	5.981	2.980	1.351	860	1.639	1.132	1506	885	797	496	861	563	3.558	2.189	1.531	846	936	638	492	292	19.722	11.471								
1986	482	273	6.027	3.049	1.355	867	1.637	1.135	1525	899	799	497	861	572	3.558	2.189	1.531	848	942	638	494	294	19.795	11.581								
1987	484	274	6.119	3.149	1.100	700	1.642	1.140	1530	893	804	500	831	562	3.557	2.189	1.541	861	942	638	494	294	19.795	11.581								
1988	481	271	6.221	3.274	1.100	702	1.646	1.147	1530	893	808	502	830	575	3.564	2.196	1.541	864	940	638	494	294	19.795	11.581								
1989	473	268	6.292	3.399	1.108	716	1.649	1.153	1528	882	821	516	829	579	3.548	2.203	1.535	873	940	638	494	294	19.795	11.581								
1990	495	282	6.992	4.022	1.136	741	1.688	1.172	1555	900	857	544	847	600	3.582	2.227	1.610	964	940	638	494	294	19.795	11.581								
1991	519	299	7.032	4.103	1.844	1.024	1.577	1.241	1.577	1.752	1.004	1.009	662	1.003	3.779	2.310	1.825	1.112	502	351	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	
1992	529	307	7.180	4.208	1.641	1.041	1.637	1.173	1.609	1.837	909	1.027	676	1.024	3.763	2.315	1.865	1.148	508	368	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	
1993	527	299	7.200	4.217	1.684	1.082	1.656	1.229	1.656	1.895	907	1.034	682	1.023	3.760	2.311	1.927	1.178	500	350	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	
1994	510	289	7.047	4.105	1.621	1.079	1.656	1.229	1.656	1.895	907	1.034	682	1.023	3.760	2.311	1.927	1.178	500	350	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	
1995	503	287	6.943	4.030	1.575	1.050	1.666	1.237	1.588	1.754	878	990	646	979	720	3.427	2.105	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131
1996	491	281	6.837	3.974	1.529	1.018	1.672	1.241	1.577	1.752	1.004	1.009	662	1.003	3.779	2.310	1.825	1.112	502	351	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	
1997	483	276	6.732	3.906	1.492	993	1.642	1.204	1.558	1.710	963	948	599	920	689	2.787	1.880	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131
1998	482	280	6.627	3.872	1.461	971	1.632	1.204	1.558	1.710	963	948	599	920	689	2.787	1.880	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131
1999	512	298	6.618	3.880	1.270	872	1.615	1.204	1.537	1.598	901	959	592	930	687	2.626	1.957	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131
2000	530	297	6.697	4.053	1.280	903	1.602	1.204	1.524	1.569	839	954	581	911	674	2.588	1.957	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131
2001	527	297	6.642	4.033	1.288	909	1.602	1.204	1.524	1.569	839	954	581	911	674	2.588	1.957	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131
2002	480	284	6.862	4.240	1.360	1.000	1.620	1.212	1.532	1.441	784	958	582	950	707	2.535	1.519	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131
2003	464	277	6.694	4.089	1.406	1.044	1.610	1.204	1.520	1.795	1.003	0	943	716	2.502	1.535	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	
2004	457	276	6.631	4.046	1.419	1.043	1.626	1.216	1.512	1.781	1.008	0	944	711	2.468	1.526	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	
2005	485	276	6.559	3.990	1.427	1.060	1.639	1.204	1.478	1.756	1.025	0	927	703	2.311	1.504	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	
2006	483	286	6.516	3.944	1.388	1.035	1.639	1.204	1.478	1.756	1.025	0	927	703	2.311	1.504	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	
2007	486	289	6.524	3.949	1.372	987	1.639	1.204	1.478	1.756	1.025	0	927	703	2.311	1.504	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	
2008	501	306	6.603	4.025	1.383	983	1.639	1.204	1.478	1.756	1.025	0	927	703	2.311	1.504	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	
2009	503	281	6.896	4.321	1.425	1.030	1.639	1.204	1.478	1.756	1.025	0	927	703	2.311	1.504	1.825	1.119	507	353	423	363	1.144	789	555	1.144	781	566	351	24.294	15.131	

Das Inkrafttreten des Dienstleistungsrechtsreformgesetzes (im Februar 2009 bewirkt, dass Beamte nach Bestehen der Laufbahnprüfung sofort in eine Planstelle einzuweisen sind. Dies führte zu einer Erhöhung der Beamten-Stellen von 2008 auf 2009.

AA Diese Zahl schließt die Mitarbeiter aller Auslandsvertretungen ein.

BMFSFJ Das BMFSFJ mit seinem aktuellen Zuschnitt besteht erst seit 1995; Angaben aus den vorherigen Jahren (Zusammenlegung und Trennung mit anderen Ressorts) sind nicht vergleichbar.

BMG Gründung BMG 1991. 2003-2005: Angaben für BMG.

BMBF Für die Jahre 1970 bis 1994 wurden die Zahlen durch Addition der Stellenzahlen der Bundesministerien für Forschung und Technologie sowie Bildung und Wissenschaft ermittelt.

Anlage 6

	AA	BMI	BMJ	BMF	BMWi	BMAS	BMELV	BMVg	BMFSFJ	BMG	BMVBS	BMU	BMBF	BMZ
1980			3										39	54
1981			3										39	55
1982			4										38	57
1983			4										40	60
1984			4										40	61
1985			4										39	62
1986			3									2	38	68
1987			3									5	41	71
1988			2									6	41	76
1989			2									7	43	79
1990			2									7	45	83
1991			2									9	44	84
1992			3									9	43	88
1993			3									10	44	88
1994			3									9	43	88
1995			3						2			9	43	88
1996			3						2			10	41	88
1997			2						2			10	43	84
1998			2						2		38	10	40	81
1999	147		2	168			104		3	19	36	10	40	82
2000	148		2	168			107		3	21	36	10	40	83
2001	147		2	171			115		3	22	35	10	39	79
2002	146		2	171			117		5	22	36	9	39	79
2003	151		2	162			118		6	49	33	9	40	75
2004	153		2	176			127		6	48	32	10	44	72
2005	153		2	177			130		5	47	32	10	43	73
2006	146		2	178	263	25	130		4	25	34	9	42	70
2007	141		2	178	270	28	129		4	19	34	9	41	70
2008	141		1	177	270	29	133		8	20	36	10	38	68
2009	134	5	1	180	263	36	131	7	8	21	35	11	38	72

**Anlage 6 (Fortsetzung)**

AA

Das Auswärtige Amt kann die gewünschten Zahlen nur bis einschließlich 1999 ermitteln. Vor diesem Datum existieren keine systematisierten Daten zum Ausscheiden von Beschäftigten, so dass der Abgang von Beschäftigten mit volkswirtschaftlicher Ausbildung im jeweiligen Jahrgang und damit die Gesamtzahl der Volkswirte bezogen auf diesen Jahrgang nicht zu ermitteln ist.

BMI

Eine Benennung der Zahl der Volkswirte für die Jahre 1970 bis 2008 kann nicht erfolgen, da die Ausbildungsdaten sowie die Angaben zu Qualifikationen/Fachabschlüssen bei Ausscheiden aus der Behörde gelöscht werden und hinsichtlich der Entwicklung keine verlässlichen Angaben gemacht werden können. Es können zwar Vergangenheitsdaten ermittelt werden, aber nur von den Mitarbeitern, die auch heute noch aktiv sind. Daten ausgeschiedener Mitarbeiter sind nicht mehr ermittelbar, so dass keine verlässliche bzw. aussagefähige Zahl ermittelt werden kann.

BMF

Aufgrund der Einführung einer neuen Software zur Personaldatenverarbeitung im Jahr 1998 sind keine Daten aus der Zeit vor 1999 vorhanden.

BMWV

Die Fachrichtung der Beschäftigten bzw. die für die jeweilige Fachrichtung notwendige Bildungsvoraussetzung wird im BMWi seit 1999 EDV-mäßig erfasst. Eine Auswertung der Daten ist aber nur noch für die Jahre ab 2006 belastbar möglich, da die Datensätze ausgeschiedener Beschäftigter gem. Forderung des BfDI hierfür nicht mehr zur Verfügung stehen. Eine Auswertung anhand der Personalakten ist innerhalb des zur Verfügung stehenden Zeitrahmens nicht möglich.

BMAS

Da das BMAS am 22.11.2005 neu gegründet worden ist, wurden die Angaben nur für die Jahre 2006 bis 2009 gemacht.

BMELV

Angaben zu den Jahren 1970 bis 1998 können nicht erbracht werden, da in dieser Zeit Angaben zu konkreten Berufsausbildungen von Beschäftigten des BMELV nicht erhoben wurden bzw. nicht mehr vorhanden sind.

BMVG

Weitere Angaben stehen nicht zur Verfügung und können auch nicht rekonstruiert werden, weil historische Daten bezüglich des Personalbestandes der Beschäftigten mit Ausbildung zum Volkswirt nicht erhoben werden können und auch in sonstiger Weise weder erfasst noch abgelegt wurden.

BMFSFJ

Das BMFSFJ mit seinem aktuellen Zuschnitt besteht erst seit 1995; Angaben aus den vorherigen Jahren (Zusammenlegung und Trennung mit anderen Ressorts) sind nicht ermittelbar.

BMBF

Für die Jahre 1970 bis 1994 wurden die Zahlen durch Addition der Stellenzahlen der Bundesministerien für Forschung und Technologie sowie Bildung und Wissenschaft ermittelt.



**Anlage 7 (Fortsetzung)**

BMI

Es konnte sich anhand der vorliegenden und im Zwischenarchiv vorhandenen Unterlagen nicht auf die gewünschte Angabe der "Zahl der Dienstposten und Arbeitsplätze" berufen werden. Die archivierten Geschäftsverteilungspläne stellen lediglich auf Personen ab. Zusätzlich wird auf Aufgabenverschiebungen zwischen den Referaten Öffentlichkeitsarbeit und Presse hingewiesen, die sich im Lauf der Jahre ergeben haben (hier: Presseauswertung). Dies führte zu einer Verschiebung der Mitarbeiterzahl. Das Aufgabengebiet Öffentlichkeitsarbeit umfasst auch den Informations- und Besucherdienst; teilweise war auch die Internetredaktion im Bereich Öffentlichkeitsarbeit angesiedelt.

BMJ

Die Angaben stellen geschätzte Kopffzahlen ohne Arbeitszeiteinheiten dar; insbesondere verfügt das BMJ nicht über exakte Daten für weit zurückliegende Zeiträume.

BMWi

Die personelle Entwicklung in den Presse- und Öffentlichkeitsarbeitreferaten kann anhand der zur Verfügung stehenden Akten nur bis 1998 zurückverfolgt werden.

BMAS

Da das BMAS am 22.11.2005 neu gegründet worden ist, wurden die Angaben nur für die Jahre 2006 bis 2009 gemacht.

BMELV

Bis 1988 wurde die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in einem Referat wahrgenommen. Eine Aufteilung der Dienstposten / Arbeitsplätze für den Zeitraum bis 1988 auf die beiden Bereiche ist nicht mehr möglich.

BMVg

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BVMg sind im wesentlichen organisatorisch in einem Stab zusammengefasst. Entsprechend wurde die Spalte „Öffentlichkeits- und Pressearbeit“ angepasst und die Spalte „Pressearbeit“ nicht befüllt. Für das Jahr 1993 konnte die Dienstpostenzahl nur für den Informationsstab (30 Dienstposten) recherchiert werden.

BMFSFJ

Das BMFSFJ mit seinem aktuellen Zuschnitt besteht erst seit 1995; Angaben aus den vorherigen Jahren (Zusammenlegung und Trennung mit anderen Ressorts) sind nicht ermittelbar.

BMG

2003-2005: Angaben für BMGS.

BMVBS

Bis 1997 umfassen die Zahlen nur das BMV, ohne BMBau. In den Jahren, in denen nur eine Spalte ausgefüllt ist, gab es ein gemeinsames Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

BMBF

Für die Jahre 1970 bis 1994 wurden die Zahlen durch Addition der Stellenzahlen der Bundesministerien für Forschung und Technologie sowie Bildung und Wissenschaft ermittelt.



